

AUS DEN GEMEINDEN

BELPBERG

Positive Rechnung
ry. Dank einem grossen Ertragsüberschuss in der Rechnung 1999 hat die Gemeinde Belpberg das gesamte Verwaltungszweigen auf 0 Franken abschreiben können. Das gab Gemeindefreier und Finanzverwalter Werner Süsser an der Gemeindeversammlung bekannt. Bei einem Aufwand von 1,235 Millionen Franken beträgt der Ertragsüberschuss zwar nur rund 230'000 Franken, doch wurden für 192'000 Franken übrige Abschreibungen vorgenommen. Seit 24 Jahren zum ersten Mal hat Belpberg auch das Eigenkapital erhöhen können. Dieses beträgt jetzt rund 339'000 Franken.

OBERDIESSBACH

Weniger Schulen

eps. Bei einem Gesamtaufwand von 15,4 Millionen Franken weist die Rechnung 99 einen Ertragsüberschuss von 410'000 Franken aus. Die Differenz zum Budget beträgt gar 607'000 Franken. Zu diesem Ergebnis beigetragen haben höhere Einkommens- und Vermögenssteuern.

Neue Diessbacher

eps. Die Gemeindeversammlung von Oberdiessbach hat Kulandev Sivasany, Ratasingam Kumar sowie dessen Frau und den drei Kindern das Gemeindebürgerrecht zugesichert. Alle sechs Personen stammen aus Sri Lanka.

Sozialdienst-Stelle

eps. Der Regionale Sozialdienst (RSD) erhält eine Sachbearbeitungsstelle von 70 Prozent Grund. Am 1. Juli tritt Linden dem RSD bei; ausserdem hat die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Lohnkosten von knapp 40'000 Franken können voraussichtlich in den Lastenausgleich gegeben werden.

Das Hallenbad macht der SP Sorgen

STETTLEN | «Geht Stettlen baden?» fragt die SP in einem offenen Brief den Gemeinderat. Sie fordert von der Exekutive die volle Kostentransparenz und ein klares Konzept.

eps. «Wir wollen nicht gegen das Hallenbad oder den Gemeinderat schiessen. Auch wir wünschen uns, dass das Bad dem Dorf erhalten bleibt.» Dies sagt SP-Koprasidentin Regula Mund – obwohl sich ihre Partei in einem offenen Brief an den Gemeinderat von Stettlen süsser kritisch zum bisherigen Verlauf der Hallenbadsanierung äussert. «Geht Stettlen baden oder Hallenbad quo vadis?» wird provokativ gefragt. Es geht ihnen mit diesem offenen Brief so kurz vor der Gemeindeversammlung nicht dazu zu provozieren, sondern die Diskussion erneut anzuregen, betont Mund. Am 6. Juni muss das Stimmvolk wieder über einen Kredit in der Höhe von 430'000 Franken beschliessen. Damit soll die gesamte Betonkonstruktion abgedichtet und saniert werden (der «Bund» berichtete). Wie Mund weiter erklärt, spricht sich die SP trotz Sorgen und Bedenken für die Bewilligung dieses Kredits aus.

Rückstellungen aufgebraucht

Ein «ungutes Gefühl» befallt die SP in Anbetracht der Summen, die das Hallenbad seit 1994 verschlungen hat. Damals beschloss das Stimmvolk, das Bad umfassend zu sanieren. Die Exekutive schätzte die Kosten auf 850'000 Franken. Inzwischen, so Mund, seien die Sanierungskosten – der Teilrest vom 6. Juni inbegriffen – auf 1,7 Millionen Franken angewachsen, abzüglich der Gemeindebeiträge von 790'000 Franken. Ausserdem habe man die auf zehn Jahre befristeten Rückstellungen von jährlich 70'000 Franken bereits aufgebraucht.

«Ist das alles, oder darf es noch mehr sein?» fragt die SP in diesem Zusammenhang. Sie möchte wissen, ob nun auch die Gebäudeteile und die Fensterfront des Hallenbades saniert werden müssen. Nein, sagt Gemeindepäsident Ulrich Jordi auf Anfrage. Das Flachdach sei isoliert und die Fenster wurden bereits vor einigen Jahren erneuert.

Die SP macht sich auch Sorgen um den Energieverbrauch. Das Hallenbad gilt als Energiefresser. Deshalb gehöre der Betreiber solchen Anlage zwingend in die Hände von Spezialisten, wird im Brief gefordert. Demgegenüber weist Ulrich Jordi auf die Wärmerückgewinnung sowie die Wasserversorgung durch Sonnenergie hin. Beide Massnahmen, so Jordi, dienen dem Energieparen. Nichts hält der Gemeindepäsident nach von der Forderung der SP-Leute, eine Betriebskommission einzusetzen, «ich bin eher dafür, Kommissionen abzuschaffen, als damit den Betrieb künstlich aufzublähen.» Man verfüge über je einen kompetenten Bau- sowie Liegenschaftsverwalter, welche jederzeit Fachleute zur Beratung beziehen könnten, erklärt Jordi.

«Wir unterstützen das Hallenbad als Treffpunkt und attraktives Element unserer Gemeinde», betont die SP Stettlen. Deshalb wünscht sie «die volle Kostentransparenz», das heisst, sie möchte wissen, was das Hallenbad die Gemeinde wirklich kostet. Dazu braucht es nach Ansicht der SP ein klares Konzept, um die zukünftigen Investitionen und Unterhaltsarbeiten planen zu können.

Landreserve für Zukunft

BÄTTERKINDEN | Beim Kirchschulhaus will die Gemeinde knapp 950 Quadratmeter Land für rund 245'000 Franken kaufen.

bs. Zwar legt die Gemeinde derzeit keine Baubabsichten, gleichwohl will sie Land erwerben, «ohne unter Druck handeln zu müssen», wie Gemeindepäsident Bernhard Witschi an einer Medienorientierung betonte. Bereits in der letzten Legislatur habe sich die Exekutive Gedanken über Grundbesitz gemacht. Einerseits will sie den Erlös aus dem Verkauf von Liegenschaften reinvestieren. Andererseits will sie sich Land für künftige Bedürfnisse sichern.

So oder so: Ideale Lage

Ein Beispiel: Mit der definitiven Einführung des Kindergarten für Fünfjährige wird allenfalls ein dritter Kindergarten nötig. Ein möglicher Standort ist das Kirchschulhaus. Doch es hat zwei Nachteile: die engen Platzverhältnisse und der angrenzende Parkplatz der Kirche. Nun hat die Gemeinde Gelegenheit an der Bernstrasse in unmittelbarer Nähe des Kirchschulhauses von Lily Bill und deren Nichte 943 Quadratmeter Land für 245'180 Franken zu erwerben. Über den Kredit entscheidet die Gemeindeversammlung am 13. Juni. Selbst wenn Bätterkindens dritter Kindergarten dereinst ins alte Schulhaus in Krälligen käme, wofür der Soveran vor einem Jahr einen 250'000-Franken-Kredit aus dem Legat von Martha Schlitz bewilligt hat: Die Lage des Grundstücks neben dem Kirchschulhaus in der Wohnzone ist für den Gemeinderat so oder so ideal. Denn laut Witschi ist es die Absicht, «dort ein Grundstück zu kaufen, wo mittel- oder langfristig etwas realisiert werden kann».

Mekka für Fotofreunde

MÜNSINGEN | Von Auf- fahrt bis Sonntag ist das Aarataler Regionalzentrum Treffpunkt der Fotofreunde: Zum ersten Mal findet die «Photo Münsingen» statt.

brg. «Sonntag» heisst das Thema des Klubwetbewerbs, dessen Ergebnisse im Zentrum der ersten «Photo Münsingen» stehen. 16 Fotoklubs – vor allem aus der Region Bern – haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt und ihre Wahrnehmung in über 180 Bildern festgehalten, die im Schlossgutsaal ausgestellt werden. Der Fotoclub Münsingen, der den Anlass organisiert hat, rechnet mit gegen 2000 Besucherinnen und Besuchern.

In Einzelausstellungen zeigen die Fotografen Josef von Meulen und Walter Gerberthel ihre Arbeiten. Zu sehen sind zudem verschiedene vertonte Dia-Vorführungen. In Vorträgen und Seminaren erzählen Fotografen von ihrer Arbeit und geben Tipps für bessere Aufnahmen. Als Preis des Publikumswetbewerbs «Der überraschende Kartengruss» winkt eine Lomo-Fotokamera.

Ziel: Neues Forum

Dem Fotoclub Münsingen gehören heute 30 Mitglieder an. Das Ziel der «Photo Münsingen» sei, ein neues Forum der Fotografie zu schaffen, schreibt der Club in einer Pressemitteilung. Der Verein beschäftigt sich an regelmässigen Treffen mit fotografischen Themen jeder Strichkung. Auf Exkursionen wird der Umgang mit Kameras, Zubehör und Fotomaterialien geübt und vertieft.

Photo Münsingen

Vom 1. bis 4. Juni, 10 bis 18 Uhr, Freitag bis 22 Uhr. Fotoaussstellungen im Schlossgutsaal, im Freizeitzentrum und im Kulturzentrum. Dia-Vorführungen, Vorträge und Seminare gemäss Programm. Der Eintritt ist frei.

AUS DEN GEMEINDEN

BELPBERG

Verfassung revidiert
ry. An der Gemeindeversammlung haben die Belpbergern und Belpberger die revidierte Gemeindeordnung genehmigt. Laut Gemeindepäsident Hans Walther ist in der neuen GO die Finanzkompetenz des Gemeinderats von 15'000 auf 20'000 Franken erhöht worden, und die Amtsdauer der Ratsmitglieder ändert. So kann beispielsweise der Gemeindepäsident jetzt nur noch zwei mal vier Jahre im Amt bleiben statt wie bisher drei mal vier. Neue Bestimmungen gibt es auch zur Frage, welche Verwandtschaftsbeziehungen bei Mitgliedern des Gemeinderats zulässig sind.

ZÖLLIKOM

Keine Ausnahmen an der Alpenstrasse

may. Mit der geplanten Signalisation auf der Alpenstrasse «Zubringendienst gestillt» werden die Anwohner des Aegelseegebietes ausgegrenzt, findet Hans Etter (SVP, vormals Isp). Um ins Dorf zu gelangen, müssten sie einen grossen Umweg fahren. In einem Vorstoss forderte er deshalb, den Leuten aus dem Aegelseegebiet eine Ausnahmebewilligung für die Alpenstrasse zu erteilen. Als der Vorstoss im Parlament behandelt wurde, änderte er ihn aber ab: Alle Einwohner von Zöllikon sollten durch die Alpenstrasse fahren können, verlangte er – und blitzte damit im Parlament ab. Erleichtert darüber dürften die Anwohner des Schwellenbühl-Quartiers sein: Aus Angst, der Vorstoss könnte angenommen werden und daraus die Forderung nach einer Öffnung der Schäferstrasse resultieren, deponierten sie zwei Petitionen mit insgesamt 154 Unterschriften bei der Gemeinde. Die Signalisation «Zubringendienst gestillt» auf der Schäferstrasse solle bestehen bleiben, fordern die Petitionäre darin.